

## Klimapolitik nach COP21 – Dreiklang von Politik, Technologie und Finanzierung

**Politischer Wille und der entsprechende regulatorische Rahmen sind wesentliche Treiber für klimafreundlicheres Verhalten von Wirtschaft und Gesellschaft. Trotz ihrer unbestrittenen Notwendigkeit sollte dabei aber nicht nur einseitig auf richtungsweisende Gipfelentscheidungen und weltweite Abkommen geschaut werden. Längst folgen technologischer Fortschritt und durch Innovation erzielte Wettbewerbsvorteile auch einer Eigendynamik. Außerdem richten sich Investitionsverhalten, Finanzierungsmodelle und Finanzprodukte zunehmend an Nachhaltigkeitsaspekten aus. Durch sektorübergreifende Zusammenarbeit und Standardisierung können diese Entwicklungen wirkungsvoll unterstützt werden.**

Sandra Parthie und Viola Rocher

Wenn in einem Londoner Bürohaus Dutzende Vertreter\_innen der Finanzwirtschaft, großer und kleiner institutioneller Investoren, Pensionsfonds sowie Assetmanager\_innen tagen, um darüber zu diskutieren, wie sie die von ihnen verwalteten Billionen von Euro in Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung investieren können, dann hat der Kampf gegen den Klimawandel einen neuen mächtigen Verbündeten erhalten.

Das Klimaabkommen vom Dezember 2015 im Rahmen der 21. UN-Klimakonferenz, COP21, ist ein „game changer“ für die globale Klima- und Energiepolitik. Es sendet der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft weltweit das Signal, die Herausforderung, die Erderwärmung auf max. 1,5-2 Grad zu begrenzen, mit vereinten Kräften zu meistern. Europa kommt dabei eine Führungsrolle zu, die nicht nur in der historischen Verantwortung aller Industrieländer begründet liegt.

Wer, wenn nicht wir, ist in der Lage, der Welt zu zeigen, dass Wirtschaftswachstum und damit einhergehender Wohlstandserhalt auch dann machbar ist, wenn gleichzeitig klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert werden?

Kein Zweifel, die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung, unseres Transports, unserer gesamten Wirtschaft ist kein Kin-

derspiel. Wir müssen sektorübergreifend zusammenarbeiten und alle Synergien nutzen, um ans Ziel zu kommen.

### ► **Wie Technologie im Kampf gegen den Klimawandel hilft**

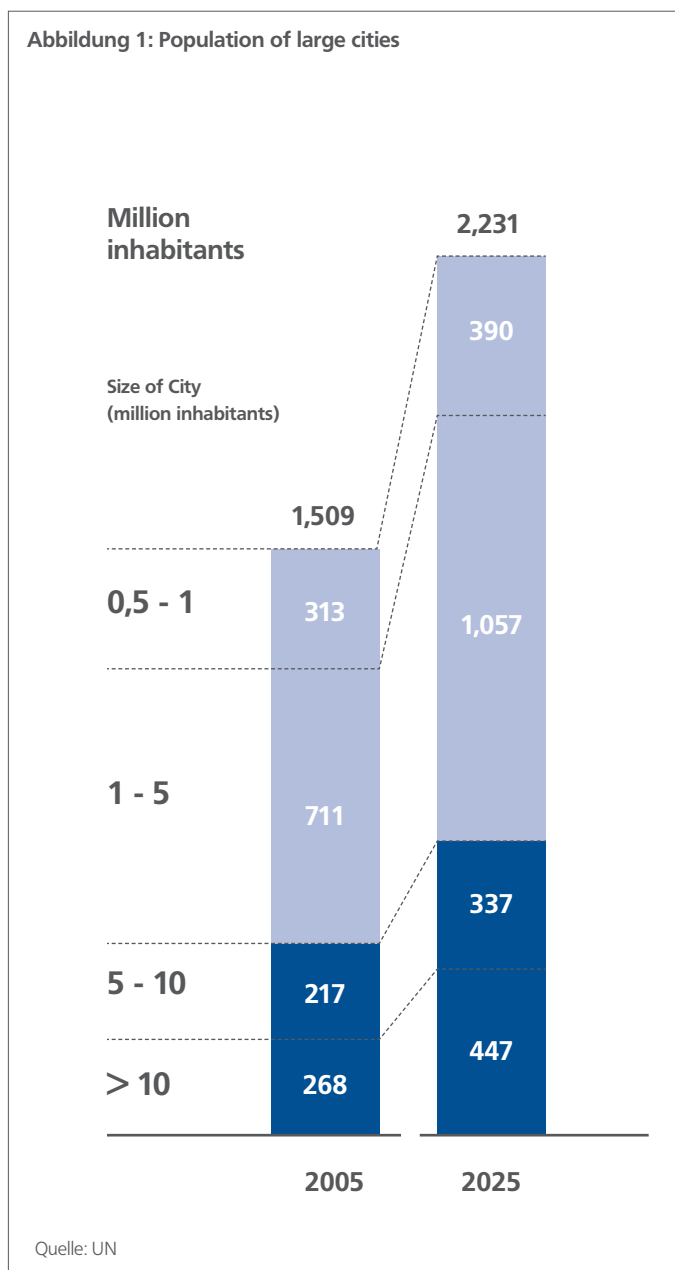
Technologische Entwicklungen und Innovationen sowie neue Finanzierungsmodelle und Finanzprodukte, insbesondere für institutionelle Investoren, sind wesentliche Bestandteile des strukturellen Wandels im Rahmen der Dekarbonisierungsagenda. Das zeigte auch eine Diskussionsveranstaltung des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel mit Vertreter\_innen von Unternehmen wie EnBW, Allianz und Siemens.<sup>1</sup>

Gerade europäische Unternehmen beziehen ihre Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext vor allem aus ihrer Innovationsfähigkeit und ihrer Technologieführerschaft. Der technische Fortschritt ist aber rasant und oftmals schneller, als demokratische politische Prozesse sein können. Ein regulatorischer Rahmen ist zwar notwendig, aber für den politischen Diskurs ist es wichtig zu erkennen, dass die Industrie keine Überregulierung

<sup>1</sup> FES Managerkreis Brüssel, 11.5.2016, zu „Neue Modelle der Klimafinanzierung und neue Technologien – wichtiger als politische Vorgaben?“

lierung braucht, sondern vor allem Grundsätze, die genügend Spielraum für neue und Weiterentwicklungen lassen. Die Rolle der Politik kann zudem darin bestehen, Informationsmängel zu überwinden, Austauschplattformen zu schaffen und anschließend gemeinsam erkannte Umsetzungshindernisse abzubauen. Entsprechende Gesetzgebung und Regularien, nicht zuletzt via Standardisierung, können dabei helfen, die Technologieführerschaft europäischer Unternehmen zu erhalten.

Schon heute gibt es viele Lösungsansätze, wie beispielsweise Städte ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich reduzieren können. Nachdem bereits über die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Gebieten lebt und sich dort auch die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten sowie Gebäude konzentrieren, sind die Städte der Ort, an dem sich auch die negativen Folgen des Klimawandels ballen werden (siehe Abb.1).



Technologieunternehmen haben deshalb gemeinsam mit Städten und Kommunen überall in der EU klima- und umweltfreundliche Projekte und Ideen entwickelt. Die wachsende Zahl an Fahrradleihstationen oder Car-Sharing-Modellen ist ein Ausdruck dieser Maßnahmen und Programme.

Die „nachhaltige Stadt“, wie sie beispielsweise in einem Siemensprojekt in London umgesetzt wird (siehe Abb. 2), kann allein mit der richtigen Anwendung und Kombination bestehender technischer Lösungen bis zu 44 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2025 (im Vergleich zu 1990) einsparen, und zwar annähernd kostendeckend. Zu oft sind dies jedoch noch Einzelprojekte, zugeschnitten auf spezielle Bedürfnisse und Umstände.

Das taugt zwar als Pilot- und Referenzprojekt, doch erst wenn die eingesetzten technischen Produkte skalierbar gemacht werden können, wird es sowohl für Unternehmen als auch für Städte und Kommunen wirklich interessant. Letztere können dadurch klima- und umweltfreundliche Maßnahmen kosteneffizienter einführen und erstere für ihre Produkte einen deutlich größeren Konsumentenkreis ansprechen und sich neue Investoren erschließen. Denn aus Sicht der Finanzakteure sind vor allem standardisierte und skalierbare Produkte interessant.

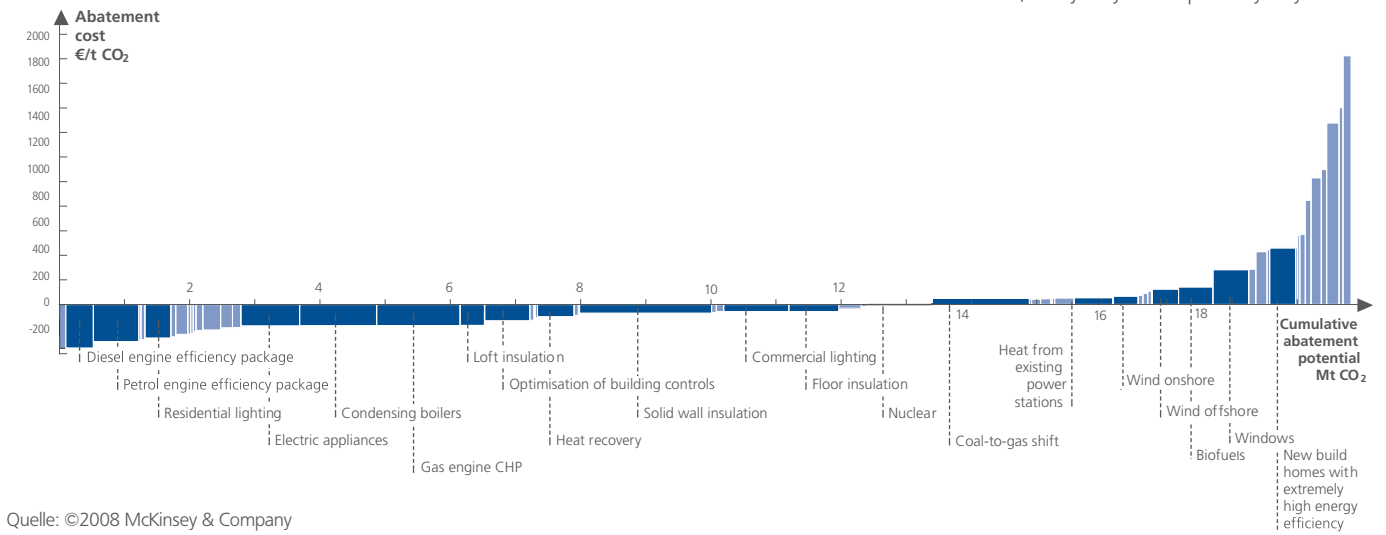
#### ► Wie die Finanzwelt zum Verbündeten wird

Wie das Treffen im Londoner Bürohaus zeigt, besteht seitens der Investoren großes Interesse an Investitionsmöglichkeiten im Bereich der Nachhaltigkeit. Die Bedeutung von Nachhaltigkeitsrisiken, beispielsweise einer zu starken Portfoliokonzentration auf den Bereich der fossilen Rohstoffe, bei der Unternehmensbewertung ist in der DNA des Finanzsektors angekommen. Die Nachfrage nach standardisierten Unternehmensbewertungskennzahlen, die auch Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung abbilden, steigt. Entsprechende Risikobewertungsinstrumente oder Datenformate treffen auf einen zunehmenden Bedarf, nicht nur bei kleineren oder staatsnahen Pensionskassen. Dabei ist gerade auch die Wirtschaft selbst gefragt, angesichts des immer noch fehlenden vertieften Verständnisses für die wesentlichen Risikofaktoren bei der Entwicklung entsprechender Standards unterstützend mitzuwirken. Eine positive Entwicklung ist z.B. die G20-Initiative der Climate Disclosure Task Force des Financial Stability Boards (siehe Abb. 3).

Die Task Force entwickelt freiwillige, konsistente klimarelevante Indikatoren zur Ausweisung finanzieller Risiken, die Unternehmen zum Nachweis gegenüber Investoren, Kreditgebern, Versicherern und anderer Stakeholder nutzen können. Der Abschlussbericht ist für Ende 2016 geplant.

Abbildung 2: Greenhouse gas abatement cost curve and 20 largest technological levers for London (2025, decision maker perspective)

N.B.: The calculations were based on the situation in 2007; today they would probably vary.



Aufgabe der Politik bzw. Regulatoren ist es hier, auch im Bereich der Finanzmarktregulierung einen Rahmen zu schaffen, der so gesetzt ist, dass er das Ziel – Investitionen in kohlenstoffarme Aktivitäten zu begünstigen – auch erreichen kann.

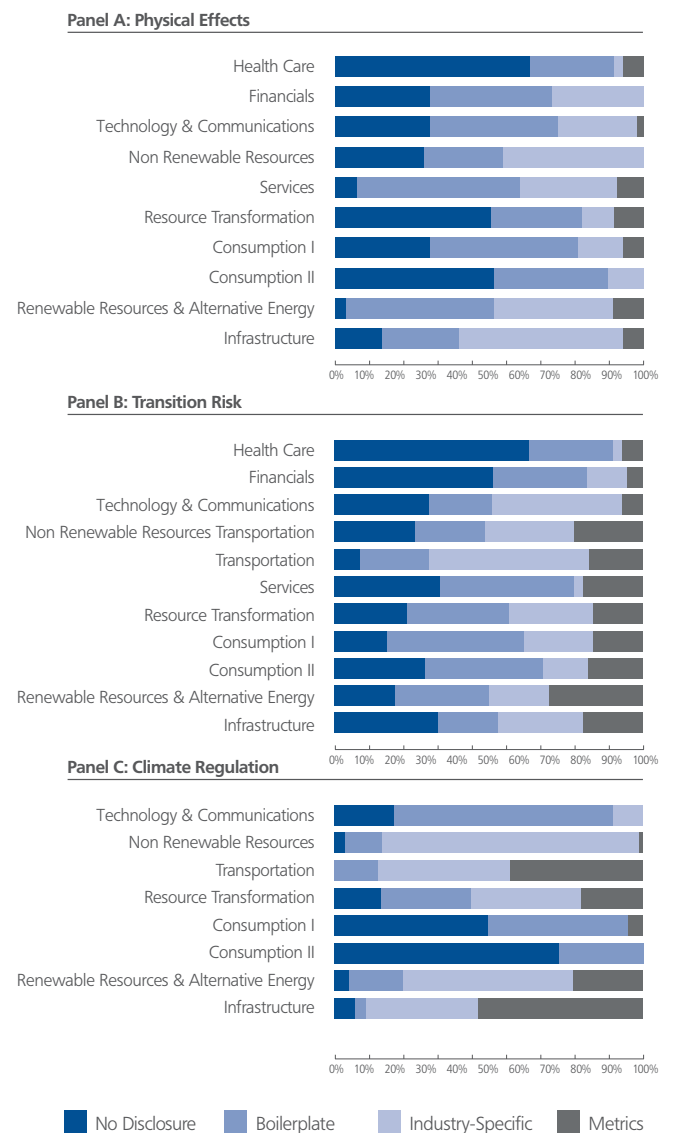
Carbon Accounting, bzw. eine Treibhausgasbilanz von Unternehmen oder Kommunen, die systematisch alle CO<sub>2</sub>- und Treibhausgasemissionen erfasst, ist beispielsweise in Frankreich schon gesetzlich vorgeschrieben und wird gerade auch von institutionellen Investoren nachgefragt. Die Nachfrage nach kohlenstoffarmen Portfolios kann also durch regulative Vorgaben getriggert werden.

Dazu gehört, dass Regelungen, die die Entwicklung innovativer Finanzierungsinstrumente behindern, möglichst vermieden werden. Eine Abwägung finanz- und sachpolitischer Interessen ist notwendig. Dabei könnten öffentlich gut kontrollierte Banken, beispielsweise Entwicklungs- oder Förderbanken wie die Europäische Investitionsbank oder die Weltbank, eine Vorreiterrolle einnehmen, nicht nur als Finanziers von klimafreundlichen Projekten, sondern, vielleicht entscheidender, als Strukturierer von passenden Finanzprodukten.

Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Investitionen in Erneuerbare Energieprojekte sind inzwischen skalierbar. Daher werden solche Projekte, auch in außereuropäischen Märkten, von Investoren wie der Allianz versichert.

Auch Energieeffizienz gilt als No-Regret- und Win-Win-Maßnahme. Jedenfalls in der Theorie. In der Praxis zeigt sich aber eine „Energieeffizienzlücke“. Die real umgesetzten Energieeffizienzmaßnahmen bleiben deutlich hinter den Potenzialen zurück, da sich Investitionskosten häufig nicht kurz-, sondern

Abbildung 3: Sector-Level Disclosure Quality in Annual SEC Filings, by Climate Risk



nur langfristig amortisieren und aufgrund der langen Zeiträume auch Risiken unterworfen sind. Wegen der Langfristigkeit werden die Investitionen von Unternehmen und wegen der möglichen Risiken von Pensionsfonds gescheut. Energieeffizienz ist schwer in Produkte für den Finanzmarkt zu gießen. Hier könnte in einem engen Austausch zwischen öffentlicher Hand und dem Finanzsektor eine tragfähige Lösung entwickelt werden, beispielsweise über das Clustern von Projekten, die hilft diese „Lücke“ zu schließen.

Die Herausforderungen der Dekarbonisierung sind enorm. Aber das Pariser Klimaabkommen hat gezeigt, dass die Welt willens ist, sich ihnen zu stellen.

Erfolg werden wir nur dann haben, wenn ein enges Zusammenspiel von technologischem Fortschritt, Finanzierung und abgestimmtem politischen bzw. Regulierungsrahmen gewährleistet ist. Ein sektorübergreifender Dialog zwischen den Akteuren ist notwendig. Die gute Nachricht ist, dass alle dazu bereit sind.

#### **Handlungsansätze:**

- *Stärkere sektorübergreifende Zusammenarbeit von Technologieunternehmen, Finanzsektor und öffentlicher Hand; inkl. Vorreiterrolle öffentlicher Finanzinstitute*
- *Entwicklung standardisierter Unternehmensbewertungskennzahlen und Risikobewertungstools in Bezug auf Nachhaltigkeit als Grundlage für Investitionsentscheidungen*
- *Stabiler Regulierungsrahmen „Fit for Purpose“*

#### Über die Autorinnen:

**Sandra Parthie** leitet das Brüsseler Büro des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln). Sie studierte Politikwissenschaften und VWL in Berlin und Montreal und lebt seit 2005 in Brüssel. Sie war zunächst Büroleiterin des Vorsitzenden des Umweltausschusses im Europäischen Parlament und vertrat anschließend, von 2011-2015, als Referentin für Erneuerbare Energien und Stromnetze die Interessen des französischen Technologiekonzern Alstom in Brüssel.

**Viola Rocher** ist Leiterin des EnBW-Büros in Brüssel. Die Volljuristin mit Aufbaustudium im Europäischen Recht ist seit dem Jahr 2000 in Brüssel tätig, zunächst als Büroleiterin der Vorsitzenden des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europäischen Parlament, dann als Referentin für Klimapolitik, Erneuerbare und Umwelt des BDEW, seit 2011 für die EnBW.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autorinnen in eigener Verantwortung vorgenommen worden und geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.